

[← zurück](#)

Finanzkrise

Städte schießen Landesbanken ab

Die Oberbürgermeister Petra Roth und Christian Ude werben in der Finanzkrise für den Zusammenschluss zu einem einzigen Institut.

VON MATTHIAS ARNING



Im Visier (Bild: Alex Kraus)

Vormachen sollte man sich da nichts. "Wir wissen alle, dass da was kommen wird", sagt Christian Ude: Dafür werde die sinkende Vorauszahlung der Gewerbesteuer zu Beginn des kommenden Jahres sicherlich ein deutliches Indiz liefern, setzt der Münchner Oberbürgermeister am Mittwoch im Römer hinzu. Mit einer anderen Tendenz sei nicht zu rechnen. Ohne dass der Deutsche Städtetag auf seinem jüngsten Treffen in Frankfurt am Main schon über konkrete Reaktionen auf die gegenwärtige Finanzkrise in einzelnen Kommunen gesprochen habe, sei den Stadtoberhäuptern aus der gesamten Republik doch deutlich gewesen: "Man denkt in jedem Rathaus bereits über Konsolidierungsprogramme nach", hebt der Präsident des Städtetages hervor: Selbst wenn es Rückwirkungen "real noch nicht gibt", würden die wegbrechenden Märkte etwa der Automobilindustrie sicherlich nicht ohne Einfluss auf die Städte und Gemeinden bleiben.

Nach schweren Jahren im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung und einer Zeit flauer Konjunktur hatten sich die meisten großen Städte in den vergangenen Jahren berappelt und sich wieder Investitionen vorgenommen. Erst vor einigen Tagen kündigte der Frankfurter Magistrat an, den Neubau des Höchster Klinikums in eigener Regie realisieren zu wollen. Bis dahin hatte die Stadtregierung öffentliche Vorhaben oft zu Public-Private-Partnership-Projekten gemacht.

Im Deutschen Städtetag komme es gegenwärtig den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern darauf an, "unsere Interessen durchzusetzen", betont Ude. Deswegen solle es Anfang nächsten Jahres eine Konferenz mit den Landkreisträgern geben, um sich im Ringen mit den Landesbanken nicht die Butter vom Brot nehmen zu lassen. Er, Ude, habe es mittlerweile schon satt, sich von diesen Geldinstituten ständig als jemand darstellen zu lassen, der in geldpolitischen Angelegenheiten besser schweigen möge. Mitnichten wolle er das akzeptieren, sagt der Münchner und verweist auf die Sicherungseinlagen, die die Sparkassen zur Stützung der Landesbanken zu leisten hätten.

Also werde er im Namen der öffentlich-rechtlichen Geldinstitute wohl seine Kritik an den Landesbanken vortragen und unterstreichen können: "Auf dramatische Weise hat sich gezeigt, dass die Zahl der Landesbanken zu groß ist." Ihre aktuelle Rolle als "Geschäftsbank, Sparkassenzentralbank und Dienstleister der Sparkassen reicht nicht aus, um dauerhaft auch international wettbewerbsfähig zu sein und hinreichende Erträge zu erzielen", betonte das Oberhaupt der bayerischen Landeshauptstadt.

Anders als die Landesbanken hätten sich die Sparkassen in der Krise des Finanzmarktes als stabilisierende Faktoren erwiesen. Und beruhigend auf Sparer gewirkt: So habe allein die Stadtparkasse München in gerade mal sechs Wochen 400 Millionen Euro als Einlagen zusätzlich erhalten. Im Gegensatz dazu stände das Wirken der Landesbanken, bei denen "Reformen überfällig sind". Nun brauche man "schnelle Fortschritte bei Fusionen der Landesbanken". Die Kleinstaaterei müsse aufhören. Perspektivisch reiche eine.

Zu den Vorstellungen Udes will sich ein Sprecher der Hessisch-Thüringischen Landesbank auf Anfrage nicht äußern. Der frühere Vorstandschef des Instituts, Günther Merl, hatte sich bereits vor Wochen mit einem solchen Ansinnen auseinandergesetzt. Ergebnis: Kommt nicht in Frage.

Sozialdemokrat Ude warnt nach den zweitägigen Beratungen mit seinen Kollegen vor einer Schwächung

der Sparkassen "durch eine Zusammenlegung der Einlagensicherungsfonds der öffentlichen Banken, der Genossenschaftsbanken und der Privatbanken". Sonst müssten die Sparkassen für Schieflagen von Großbanken haften, was nicht gerecht sei. Grundsätzlich, das unterstreicht Ude gemeinsam mit seiner Stellvertreterin Petra Roth, sei der Deutsche Städtetag allerdings mit dem Schirm, den die Bundesregierung aufgespannt habe, ausdrücklich einverstanden.

Was man von der Berliner Gesundheitspolitik nicht behaupten könne. Wenn dort jetzt nicht "entgegengesteuert wird", hob Oberbürgermeisterin Roth hervor, "so werden den Krankenhäusern in den Jahren 2008 und 2009 rund 6,7 Milliarden Euro fehlen". Mit dem aktuell geplanten Gesetzentwurf der großen Koalition in Berlin werde die Finanznot der Hospitale nicht entschärft. Bessere Berlin nicht umgehend nach, "müssen viele Krankenhäuser weitere Stellen kürzen und einige Kliniken sogar schließen". Das von der Bundesregierung aufgelegte Paket bringe den Krankenhäusern zusätzlich 1,6 Milliarden Euro, rechnete die Vize-Präsidentin des Städtetages vor. Mit diesen Mitteln ließen sich allerdings nicht einmal die Hälfte der Tarifsteigerungen beim Personal der Hospitäler bezahlen.

Grundsätzlich müsse "das Schwarze-Peter-Spiel zwischen Bund und Ländern um die Finanzierung der Krankenhäuser ein Ende finden". Was aus der Sicht der Kommunen vor allem bedeute: Die Länder "müssen endlich ihre Hausaufgaben erledigen".

[document info]
Copyright © FR-online.de 2008
Dokument erstellt am 12.11.2008 um 19:08:01 Uhr
Letzte Änderung am 13.11.2008 um 11:23:32 Uhr
Erscheinungsdatum 13.11.2008

URL: http://www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=1628888&em_loc=2091